



freier Zusammenschluss  
von student\*innenschaften

## **Pressemitteilung: Löst ein neuer Name alte Probleme? Studierende fordern zu Semesterbeginn eine echte BAföG-Reform**

**Berlin, 13.10.2025**

Pünktlich zum Start des Wintersemesters fordert Dorothee Bär, Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt im „ARD-Interview der Woche“ vom Freitag, dass das BAföG ein neues Image braucht. „Schneller, digitaler und bekannter“ soll das BAföG demnach werden, ein neuer Name wäre ebenfalls denkbar, der alte sei nicht „total sexy“. Über Vorschläge wäre sie dankbar. Bei den Regelsätzen soll ebenfalls angesetzt werden.

Der freie Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs) begrüßt zwar, dass die Bundesregierung die Sichtbarkeit des BAföG verbessern will, kritisiert jedoch den Ansatz scharf:

„Wir begrüßen den Ansatz, die öffentliche Wahrnehmung des BAföG aufzubessern, allerdings braucht es dafür mehr als nur eine Änderung des Namens. Eine tatsächliche Reform des Antragsprozesses, auch im Hinblick auf Bürokratieabbau und Digitalisierung des Antrags, steht schon lange aus. Wir fordern die Bundesregierung auf, die geplante Reform schnell und konsequent umzusetzen.“ kritisiert Katharina Rummenhölter, Vorstandsmitglied des fzs.

Die Situation in den BAföG-Ämtern ist alarmierend - viele Ämter arbeiten durch Personalmangel, veraltete Strukturen und eine enorme Antragsflut an der Belastungsgrenze, Studierende warten monatelang auf Bescheide. In Thüringen kommt es beispielsweise zu einer regulären Dauer von 6 Monaten für die Antragsbearbeitung.

„Das sind keine Einzelfälle, sondern ein strukturelles Problem durch Überbelastung der Ämter. Studierende geraten dadurch nicht selten in finanzielle Notlagen, verschulden sich zu Studienbeginn oder müssen arbeiten, anstatt zu studieren. Regelstudienzeiten sind unter diesen Bedingungen nicht einzuhalten.“ so Tjark Kandulski, Vorstandsmitglied des fzs.

Auch die Hürden BAföG überhaupt zu beantragen sind weiterhin hoch - ein kompliziertes Verfahren, die Angst vor Verschuldung durch Rückzahlung und fehlende Informationen zum Beantragungsprozess schrecken viele Studierende ab.

Die Reform nur auf den Antragsprozess zu beziehen, greift jedoch zu kurz.

„Allein ein neuer Name geht die Kernprobleme des BAföG nicht an. Die soziale Krise der Studierenden muss endlich ernst genommen werden! Dazu gehört auch eine BAföG-Reform, die der tatsächlichen Lebensrealität von Studierenden gerecht wird, damit das BAföG tatsächlich das sein kann, was es mal sein sollte - ein verlässliches Instrument für Bildungsgerechtigkeit“ so Tabea Herbst, Vorstandsmitglied des fzs.

Wöhlertstraße 19  
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095  
f. +49 (0) 30 27874096  
m. [info@fzs.de](mailto:info@fzs.de)

### **Vorstand**

Jo Dietze  
Tjark-Hagen Kandulski  
Tabea Herbst  
Katharina Rummenhölter

So zeigt sich vor allem beim Thema Wohnen die Dringlichkeit: der durchschnittliche Preis für eine Wohnung oder ein WG-Zimmer für Studierende steigt zu Beginn des Wintersemesters 2025/26 laut Zahlen des Moses-Mendelsohn-Instituts (MMI) auf 505 €.

Rahel Schüssler, Referentin für BAföG und studentisches Wohnen im fzs: "Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Erhöhung der Wohnkostenpauschale auf 440€ ist ein Schritt in die richtige Richtung, deckt aber die realen Mietpreise in den meisten Städten nicht einmal annähernd ab, laut MMI nur in 18 von 88 untersuchten Städten. Gerade in den Großstädten ist es nahezu unmöglich, ein WG-Zimmer oder eine Wohnung innerhalb der Wohnkostenpauschale zu finden".

Der fzs e.V. fordert die Bundesregierung dazu auf, die geplante BAföG-Reform für das Wintersemester 2026/2027 nicht weiter zu verzögern und die folgenden Forderungen umzusetzen:

- Anpassung der Bedarfssätze an die Lebensrealität der Studierenden
- Anpassung der Wohnkostenpauschale an reale Mietpreise in den Großstädten
- Bürokratieabbau und Entlastung der Ämter durch Digitalisierung des Antragsverfahrens und Personalaufstockung
- Verlängerung des Antragszeitraums, um dem Problem der Überlastung in den Ämtern entgegenzuwirken
- Rückkehr zum Modell des Vollzuschuss

Rückfragen können Sie stellen an:

Tjark Kandulski, fzs-Vorstand:

+49 1708573399 oder [tjark.kandulski@fzs.de](mailto:tjark.kandulski@fzs.de)

Katharina Rummenholler, fzs-Vorstand:

+49 15116807671 oder [katharina.rummenhoeller@fzs.de](mailto:katharina.rummenhoeller@fzs.de)



freier Zusammenschluss  
von student\*innenschaften

Wöhlertstraße 19  
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095

f. +49 (0) 30 27874096

m. [info@fzs.de](mailto:info@fzs.de)

#### Vorstand

Jo Dietze  
Tjark-Hagen Kandulski  
Tabea Herbst  
Katharina Rummenholler